

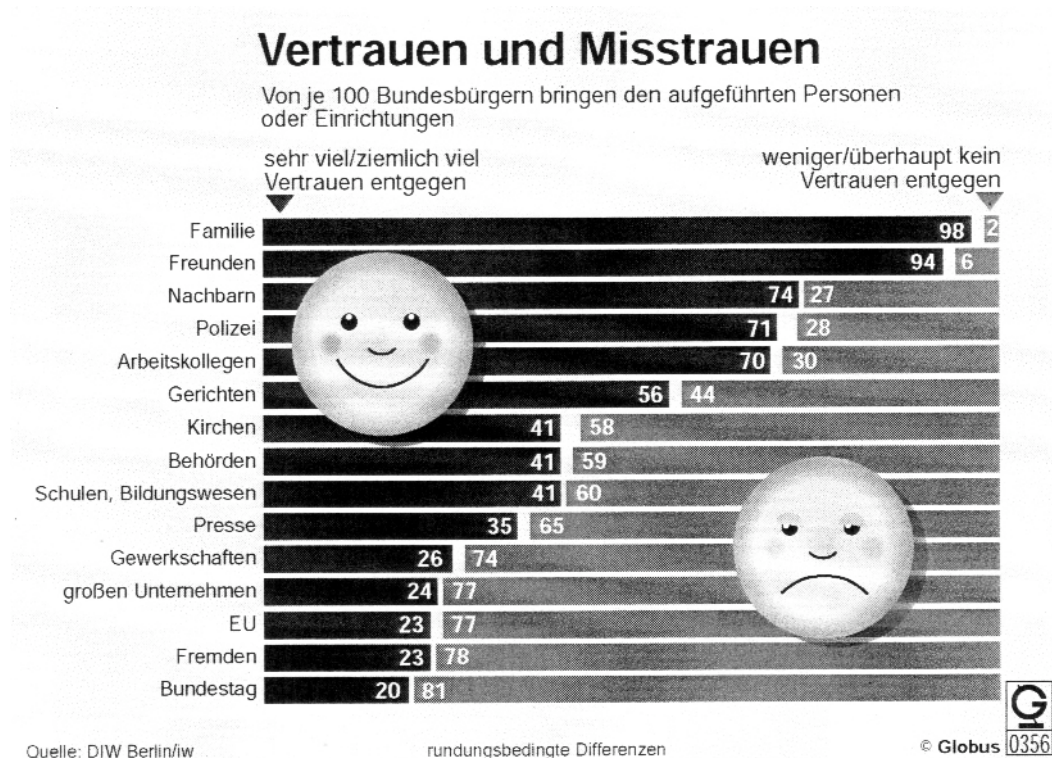
In Wirtschaft und Gesellschaft wächst das Misstrauen und eine Skepsis der Zukunft gegenüber. Wir wollen konkrete Ansatzpunkte dafür suchen, wie wieder mehr Vertrauen und Optimismus den Menschen Mut machen kann, sich in Erwerbs- und Tätigkeitswirtschaft, in Kultur und Politik engagiert einzubringen. Dazu ist es aber nötig, klare Vor- und Leitbilder nicht nur zu formulieren, sondern auch sanktionsbewehrt durchzusetzen.

2.4 Kultur des Vertrauens

2.4.1 Grundgedanken

Die gegenwärtige Finanzkrise hat uns klar vor Augen geführt, welche überragende Bedeutung das Vertrauen in der Gesellschaft und Wirtschaft hat. Ohne ein gewisses Maß an Grundvertrauen in menschliche Beziehungen und wirtschaftliche Verhältnisse können wir nicht leben.

Wir vertrauen auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit genauso wie wir auf die Funktionsfähigkeit des Telefons, des Computers und des Toasters vertrauen. Komplexer wird das Vertrauen schon in die Institutionen: Ist die Stromversorgung sicher? Kommen die Züge pünktlich? Ist mein Onlinebanking sicher? Werde ich Beamte finden, die schnell und zügig ohne Ansehen der Person handeln? Finde ich Recht in dieser Gesellschaft?



Wir sehen an diesen Fragen, wie zentral, ja fast selbstverständlich es uns scheint, auf all diese Dinge zu vertrauen. Gerade das Funktionieren all dieser Mechanismen zeichnet eine fortschrittliche, aufgeklärte Gesellschaft aus.

Daneben stellen sich die Fragen, ob und wieweit wir uns in individuellen Verhältnissen aufeinander verlassen können. Wie verlässlich sind heute Eheversprechen, die eine unverbrüchliche Treue in allen Lebenslagen in Aussicht stellen? Die hohen Scheidungsraten dokumentieren offenbar das Gegenteil. Wie verlässlich sind Kaufverträge? Das umfangreiche „Kleingedruckte“ zeigt eher, dass der jeweilige Geschäftspartner davon ausgeht, dass dem Käufer

nicht zu trauen ist. Die immer umfangreicher werdenden Vertragswerke bei Mietverträgen, Kreditverträgen, Kaufverträgen dokumentieren einen steten Niedergang des Vertrauens in der Gesellschaft. Und dieser Vertrauensverlust geht einher mit hohen zusätzlichen Kosten und wirtschaftlichen Problemen (vgl- Kap. 3.7).

Aufgrund unserer jüngeren Geschichte ist die deutsche Kultur eher eine von Angst, Sorge, Zurückhaltung und Misstrauen geprägte Kultur. So werden wir jedenfalls häufig vom Ausland gesehen. Im englischsprachigen Raum gibt es den Begriff von „German Angst“. Bei allen Gesetzesvorhaben schwebt die Sorge vor dem Missbrauch über den Texten. Es wird viel Energie in öffentliche Kontrolle gesetzt. Bevor ein Problem angegangen wird, gibt es bei uns eine lange Grundsatzdiskussion. Dies ist vermutlich auch eine Frage der deutschen Mentalität. Im Gegensatz zu den USA sind wir eine „alte“ Nation, geprägt von der Mentalität bestehender Institutionen, von Besitzenden und von preußischem Beamtentum, also von Menschen, die etwas zu verteidigen hatten. Die Herangehensweise des neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama mit seinen Visionen und seiner zupackenden Art löst bei uns große Faszination aus und ist sicherlich ein Vorbild für Gestalter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die großen Herausforderungen, vor denen wir in unserer Gesellschaft aber auch global stehen, können ohne Wertüberzeugungen und ethische Prinzipien nicht gelöst werden. Werte wie z.B. Ehrlichkeit und Treue bilden die Basis für das Entstehen von Vertrauen. Eine Kultur des Vertrauens ist wiederum Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Das setzt aber voraus, dass wir nicht allein an den Eigennutz denken. Wer sich allein daran orientiert, der ist in der Regel auch bereit, den Geschäftspartner mit unfairen Mitteln „über den Tisch zu ziehen“, Partner zu belügen und in jeder Weise den eigenen Vorteil zu suchen. So entsteht leicht der Eindruck, der „Ehrliche sei der Dumme“. Ein solches Vorgehen funktioniert langfristig jedoch nicht.

Wenn wir das Gemeinwohl als Orientierungsmaßstab wählen, setzt das einen moralischen Grundkonsens bei den Akteuren in der Gesellschaft, in der Politik und in der Wirtschaft voraus. Wir sollten unseren Blick nicht nur auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise richten, sondern uns darüber hinaus mit der Frage beschäftigen, was in unserer Gesellschaft falsch läuft und wo unsere Bemühungen ansetzen müssen, damit eine Kultur des Vertrauens Platz greift und der Zusammenhalt der Gesellschaft verbessert wird. Engagement und Bürgersinn kann der Staat nicht verordnen, aber zum Wohle der Gemeinschaft besser als bisher fördern.

Dieses sind nicht nur rationale Argumente, sondern auch im christlichen Glauben begründet. In der Einheit von Wort und Tat, müssen gerade auch Christen sich erneut ins Bewusstsein rufen, dass Nächstenliebe und die Einhaltung der Zehn Gebote gleichzeitig gefordert werden. Was würde sich besser für ein Fundament des Vertrauens eignen?

2.4.2 Und wie es besser gehen könnte

Vorbildlich handeln

Nehmen wir die Politik. Gerade die Politiker erfreuen sich eines besonders geringen Vertrauens in den Demokratien und so auch in Deutschland. Es ist daher schwer vorstellbar, wie Parlamentarier angesichts des geringen ihnen entgegengebrachten Vertrauens in der Lage sein werden, in anderen Bereichen Regeln durchzusetzen, die sie selbst vielfach nicht einhalten.

Es ist daher unerlässlich, dass Politiker (und Beamte) für sich selbst (und nicht nur für Unternehmen, s.u.) einen strengen Verhaltenskodex in Kraft setzen. Bis jetzt sahen vor allem die Medien ihre Aufgabe darin, das Verhalten von Politikern kritisch zu hinterfragen. Darüber hinaus sollte die politischen Verantwortungsträger den Mut aufbringen, sich wieder stärker selbst um das Vertrauen der Bevölkerung zu bemühen. Mit der Entwicklung eines strengen, sanktionsbewehrten Verhaltenskodex' könnte NRW eine Vorbildfunktion ausüben.

Bürgerengagement fördern

In Deutschland gibt es außerhalb des Berufslebens 23 Millionen engagierte Bürgerinnen und Bürger (zweiter Freiwilligensurvey). Diese Zahl wird bis 2030 durch das Älterwerden der Gesellschaft nochmals kräftig steigen. Einen besonderen Zuwachs gibt es bei den Bürgerstiftungen, deren Konzept besonders stark durch Mitmachen und Mitentscheiden geprägt ist. Dieses Bürgerengagement zu stärken, Räume zu schaffen, in denen Menschen sich engagieren und dafür Wertschätzung erfahren, sollte Aufgabe von staatlichen Institutionen in Nordrhein-Westfalen sein. Erste Ansätze in diese Richtung gibt es bereits auf Bundesebene. Das Bundesfamilienministerium hat die Initiative „Zivil Engagement: Miteinander – füreinander“ gestartet. In den Printmedien wurde im Frühjahr 2009 massiv für diese Initiative (Alter schafft Neues) geworben. Das Bundesinnenministerium setzt einen neuen Arbeitsschwerpunkt mit dem Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Prävention“. Nordrhein-Westfalen sollte diese Beispiele aufgreifen und eine eigene Aktion zur Stärkung des Bürgerengagements ins Leben rufen (s. hierzu auch die Ausführungen zu 2.2 „Aufbau einer Tätigkeitswirtschaft“).



Förderung des Unternehmertums

Wenn es den Menschen gut geht, jeder seine Arbeit hat und die Wirtschaft floriert, ist die Basis für den Zusammenhalt der Gesellschaft gelegt. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir Menschen, die etwas anpacken, die gestalten und auch ein persönliches Risiko eingehen. Diese unternehmerisch und eigenverantwortlich tätigen Menschen brauchen unsere Anerkennung und mehr gesellschaftliche Beachtung (vgl hierzu die Denkschrift der EKD „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“, 2008).

Leitbild des „Ehrbaren Kaufmanns“

Moralische Werte müssen mehr Eingang in praktisches wirtschaftliches Handeln finden. Bürgerliche Tugenden, Maß und Mitte müssen wieder in den Vordergrund gerückt werden. Das Leitbild des „Ehrbaren Kaufmanns“ darf nicht nur Appellcharakter haben. Institutionen der Wirtschaft sollten eigenverantwortlich einen „Corporate Governance“ aufstellen, in dem sich Werte konkret in Normen niederschlagen. Auf der anderen Seite muss dieses Leitbild aber auch sanktionsbewehrt sein. So sollte die persönliche Haftung der Manager hinsichtlich eines Verstoßes gegen diese Regeln eingeführt werden. Und auch bei der Gestaltung von Vergütungssystemen muss ein Anreiz geschaffen werden, sich entsprechend zu verhalten. Extrem hohe Managergehälter sind nicht nur ein Ärgernis, sondern untergraben die Solidarität und

Spieler-Gehälter Zwanziger will Obergrenze

Frankfurt. DFB-Präsident Theo Zwanziger hat sich in die Schar der Befürworter einer Gehaltsobergrenze für Profi-Fußballer eingereiht und Kritik an den Millionen-Gagen der Stars geübt. „Es gibt für mich keinen Bereich des Lebens, in dem solche Zahlungen an Einzelpersonen leistungsgemessen sein können“, sagte Zwanziger im Focus-Interview. Er könne sich eine Deckelung der Gehälter „sehr gut vorstellen“.

Ligaverbands-Chef Reinhard Rauball hatte sich ebenfalls für eine Gehaltsobergrenze eingesetzt. „Ein Weg wäre“, sagte der Präsident von Bundesligist Borussia Dortmund, „die Ausgaben für den Personalbereich zu begrenzen, indem man zum Beispiel festschreibt, dass maximal nur 50 Prozent des Budgets dafür ausgegeben werden dürfen.“

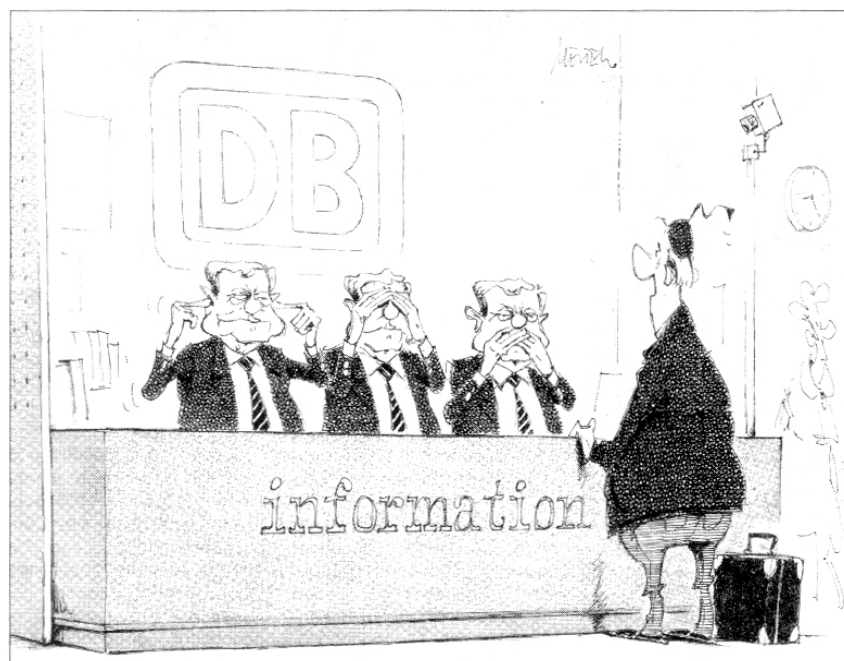
den notwendigen Zusammenhalt in der Gesellschaft. In Eigenverantwortung der Wirtschaft aber auch des Sports sollte auf der Grundlage eines Wertemanagements eine Höchstgrenze für Gehälter festgelegt werden. Die Höchstgrenze sollte sich an dem 40fachen des höchsten tariflichen Entgelts von Beschäftigten orientieren.

In die Festlegung der Gehälter bei Unternehmen kann der Staat nicht direkt eingreifen. Was der Staat aber tun kann, ist, im Rahmen der Steuergesetzgebung Höchstgrenzen für die Absetzbarkeit von Gehältern (einschl. *Boni und Sachleistungen*) zu erlassen. Es wird eine Höchstgrenze von 1,0 Mio. Euro je Jahr und Arbeitnehmer für die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern vorgeschlagen.

Verantwortungsvoller Arbeitgeber

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit besteht für Arbeitgeber ein großer Anreiz zur Ausbeutung der Arbeitnehmer und Schwächung der Gewerkschaften. Das wirkt sich besonders in den Bereichen aus, in denen die internationale Konkurrenz besonders groß ist. Neben der Einführung von Mindesteinkommen (die es in vielen entwickelten Ländern gibt) ist es außerdem nötig, diejenigen Arbeitnehmer vor Entlassungen zu schützen, die Verstöße eines Unternehmens gegen Recht und Gesetz anzeigen (whistle blowing). Selbst in den USA gibt es entsprechende Schutzgesetze und bei uns ist jüngst ein entsprechender Gesetzentwurf im Bundestag gescheitert!

Dies ist aber nicht nur eine Herausforderung an den Gesetzgeber, sondern auch an die Unternehmenskultur. Die offene Information und das Gespräch über Chancen und Sorgen des Unternehmens ermöglicht eher ein Klima des Vertrauens als jegliche Kontrolle. Nur wer den Mitarbeitern Vertrauen und Anerkennung entgegenbringt, schafft die offene Atmosphäre, in der sich negative Kritik in konstruktive Verbesserungsansätze wandeln lässt. Wie viele Mitarbeiter haben schon innerlich gekündigt, nur weil sich der Chef nichts sagen ließ und alles besser wusste?



Zeichnung: Gerhard Mester

Ausgleichsdenken führt in die Sackgasse

Wir leben in Deutschland in einer „Equilibrium-Gesellschaft“, d.h. alles muss gleich sein, muss ausgeglichen werden. Jüngstes Beispiel dafür ist die Gesundheitsreform mit ihrem Risikostrukturausgleich. Hierbei werden z.B. 80 Krankheiten mit insgesamt 3800 Diagnosen definiert, die zu einem Finanzausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen führen. Das Ziel, dass dadurch Ungleichheiten ausgeglichen werden und ein höheres Maß an Gerechtigkeit erreicht werden soll, mag auf den ersten Blick erstrebenswert sein. Die Nachteile derartiger Regelungen dürfen aber nicht ausgeblendet werden: Ausufernde Bürokratie, Suche nach Schlupflöchern, mangelnder Druck für Initiativen und Innovationen, folglich Kostensteigerungen und schließlich neue Ungerechtigkeiten. Hier muss vor übertriebenem Gleichheitsdenken in der Politik gewarnt werden.

Vertrauensschwund in die Demokratie

Wir erleben eine aushöhlende Formalisierung der Demokratie. Die aktive Akzeptanz der Demokratie sinkt in der Bevölkerung. Wir beobachten als ein Phänomen unserer Massengesellschaft, dass die Demokratie zu einer Politshow von Medienprofis wird, die bestimmte Personen und Themen polarisierend präsentieren, ohne dabei wirklich wichtige Zukunftsfragen zu bearbeiten. Aus übergeordneten Gründen wird nach Parteiloyalität entschieden. Politiker ohne jegliche Berufserfahrung haben durchaus eine Chance, für das Parlament aufgestellt zu werden. Der Begriff des „Ehrbaren Politikers“ sollte konkretisiert werden. Bürgerbeteiligungen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sollten mehr Unterstützung bekommen. Hier können die neuen Medien (Internet) zukünftig einen größeren Beitrag leisten (vgl. Kap. 3.6).

Die „Eine Welt“ – globale Gerechtigkeit

Das Problem der ungerechten Wohlstandsverteilung auf der Welt bringt vor allem die Kirchen in einen Gewissenskonflikt. In „Sonntagsreden“ wird von der „Einen Welt“ gesprochen, also von einer Gemeinschaft, in der alle Menschen gleich aufgestellt sein sollten. Wir alle wissen, dass dieses Ziel nicht allein durch Spenden oder durch Entwicklungshilfe erreicht werden kann. Echte Hilfe ist erst durch das Öffnen unserer Märkte (z.B. Agrarmarkt) für Waren aus den Entwicklungs- und Schwellenländern möglich. Das wiederum hat negative Auswirkungen auf Teile unserer Wirtschaft, die man nicht hinnehmen will oder kann.

Genau genommen sind all die für uns negativen Folgen der Globalisierung eigentlich nur ein fairer Ausgleich, weil sie die Entwicklung und damit die Angleichung an unseren Lebensstandard in den Schwellen- und Entwicklungsländern ermöglichen.

Dieser Konflikt zwischen globaler Solidarität dort und wirtschaftlichen Einschränkungen hier wird von Kirche und Gesellschaft nicht offen angesprochen. Hier klaffen propagierte Werte und die Umsetzung in das Alltagsleben weit auseinander. Ein ehrliches und offenes Wort der Kirchen aber auch der Politik sollte zur Vertrauensbildung beitragen.